

Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Frankreich sucht eine Wende: Präsidentschaftswahlen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weinert, Günter (1981) : Frankreich sucht eine Wende: Präsidentschaftswahlen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 6, pp. 296-298

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135570>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Frankreich sucht eine Wende

Günter Weinert, Hamburg

Mit François Mitterrand wurde zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik ein Sozialist in das Amt des Staatspräsidenten von Frankreich gewählt. Sein deutlicher Sieg über den bisherigen Präsidenten Giscard d'Estaing hatte nicht zuletzt wirtschaftliche Gründe. Insoweit handelte es sich bei der Wahl auch um eine Abstimmung über wirtschaftspolitische Konzepte. Wie sah die wirtschaftliche Bilanz der alten Regierung aus? Welche Änderungen hat Mitterrand versprochen?

Von der gesamtwirtschaftlichen Lage her gesehen kamen die Präsidentschaftswahlen zu einem für die alte Regierung denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Frankreich befindet sich seit dem vergangenen Sommer in einem konjunkturellen Abschwung. Die Industrieproduktion erreichte Anfang dieses Jahres saisonbereinigt ein so niedriges Niveau wie zuletzt Ende 1977. Mehr Unternehmer als je in den 70er Jahren beurteilen die Auslastung ihrer Kapazitäten als zu niedrig. Die Arbeitslosigkeit steigt unaufhaltsam; im März waren saisonbereinigt 7½ % der Erwerbspersonen ohne Arbeitsplatz. Zudem erweist sich die Inflation als äußerst hartnäckig. Auf der Verbraucherstufe verharrt die Teuerung seit dem vergangenen Herbst bei einer laufenden Jahresrate von etwa 12 %. Dies alles stand in scharfem Kontrast zu den Prophezeiungen Giscard's von Anfang 1979, Arbeitslosigkeit und Inflation zu besiegen. Dokumentiert sich hierin zugleich ein Versagen marktwirtschaftlich ausgerichteter Politik, mit der der 1976 zum Ministerpräsidenten ernannte Raymond Barre die ökonomischen Probleme des Landes zu lösen beabsichtigte?

Nach der Überwindung der Rezession von 1974/75 zeigte sich in Frankreich sehr bald, daß die Schwierigkeiten des Landes in hohem Maße strukturell bedingt waren. Rasch stellten sich wieder alte Währungssorgen ein: Der Preisauftrieb steuerte auf eine zweistellige Rate zu, die Leistungsbilanzdefizite stiegen, und der Außenwert des Franc sank spürbar.

Die „liberale Revolution“ fand jedoch nicht unmittelbar nach Barres Amtsantritt statt. Seine ersten Programme waren vielmehr noch recht konventionell. Der

erste Barre-Plan sah unter anderem eine Verlangsamung der Geldmengenexpansion sowie eine Beseitigung des Staatsdefizits vor. Bei einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben um 14 % sollte der Haushalt nach einem Defizit von 20 Mrd. Franc im Jahre 1976 durch umfangreiche Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Das im Frühjahr 1977 vorgelegte zweite Programm enthielt aber primär beschäftigungs- und sozialpolitisch orientierte Maßnahmen, die der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollten. Zugleich wurde eine alte Tradition französischer „Inflationsbekämpfung“ fortgesetzt: Die Preise für Industrieprodukte und Dienstleistungen wurden vorübergehend eingefroren. Preisstopps gehörten weiter zum wirtschaftspolitischen Repertoire.

Das Auslaufen der kurzfristigen Preisstopps bedeutete bis dahin immer nur die Rückkehr zu den seit mehr als drei Jahrzehnten praktizierten Preiskontrollen. Die Mitte 1978 begonnene stufenweise Freigabe der Preise stellte daher für Frankreich eine geradezu revolutionäre Änderung dar. Sie war zugleich Symbol für den generell angestrebten Abbau des Dirigismus, um Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu fördern. Die Beschränkung von Subventionen und das Versagen staatlicher Hilfen für notleidende Unternehmen zielten gleichermaßen auf eine Förderung des Anpassungsprozesses.

Ein ungünstiger Einfluß der Preisliberalisierung auf die Preisentwicklung ist schwer erkennbar. Nach der Freigabe der Industriepreise kam es nicht zu einer sichtbaren Verstärkung des Preisauftriebs. Als er im Laufe des Jahres 1979 wieder zunahm, war dies wohl weniger der Aufhebung von Preiskontrollen anzulasten als vielmehr den erneuten Ölpreisschüben; sie führten, wie in allen westlichen Industrieländern, zu einer deutlichen Beschleunigung des Preisauftriebs.

Gleichwohl wäre die Teuerung vermutlich niedriger gewesen, wenn die Regierung ihre monetären Zielset-

Dr. Günter Weinert, 39, ist Leiter der Forschungsgruppe Konjunkturanalysen und Prognosen (Ausland) in der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

zungen realisiert hätte. Die angekündigte Anstiegsrate von M_2 wurde jedoch fast stets überschritten, vor allem im Jahre 1979. Erst 1980 wurde die monetäre Expansion in den beabsichtigten Grenzen gehalten, insbesondere nach einer Verlangsamung seit dem vergangenen Sommer. Ähnlich stark war die Expansion von M_1 , allerdings unter erheblich stärkeren Schwankungen.

Die sich bis weit in das Jahr 1980 hinein immer wieder als nachgiebig erweisende Geldpolitik hat wohl auch dazu beigetragen, daß das Streben der Regierung nach einem Reallohnstopp fast über den gesamten Zeitraum hinweg erfolglos war. Nicht zuletzt deshalb wurde der Stabilisierungsprozeß durch einen kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten erschwert.

Gleichwohl haben sich die Verteilungsrelationen zunächst offenbar zugunsten der Unternehmen verschoben. Dies war von der Regierung auch angestrebt, um so eine Förderung des Wachstums über eine Stärkung der Investitionsneigung zu erreichen. Die zunehmende Hinwendung zu einer allgemeinen Angebotsorientierung kam in einer Reihe fiskalischer Anreize für die Unternehmen und schließlich einer Förderung der Kapitalbildung, nicht zuletzt durch eine Aktienreform, zum Ausdruck. Bei notwendigen Erhöhungen der Sozialversicherungsabgaben wurden mehr als früher die Arbeitnehmer belastet.

Die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen sowie die Stärkung ihrer Ertragslage hatten durchaus positive Wirkungen. Die Unternehmensinvestitionen begannen im Sommer 1978 zu steigen, freilich auch aufgrund anderer expansiver Impulse wie einer günstigen Exportentwicklung. Es bahnte sich ein von Investitionen getragener Aufschwung an.

Die hoffnungsvollen Ansätze wurden aber zu einem erheblichen Teil durch die neuen Ölpreisschocks zerstört. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts, die 1978 4,0 % und im Jahresdurchschnitt 1979 noch 3,7 % betragen hatte, war bereits im Verlauf des Sommerhalbjahrs von 1979 nur noch recht mäßig. Danach flachte sie sich weiter ab. Im Frühjahr 1980 ist das reale Bruttosozialprodukt sogar gesunken und stagnierte quasi anschließend auf niedrigem Niveau. Die schwache Expansion führte zu einer Abnahme der Beschäftigung. Die Arbeitsmarktprobleme haben sich so erheblich verschärft. Schon in der Phase relativ zügiger Produktionsausweitung hatte sich die Zahl der Arbeitslosen insbesondere aus demographischen Gründen erhöht, und dieser „Faktor“ wirkte weiter. Zudem wurden die direkten beschäftigungspolitischen Maßnahmen,

die etwa im zweiten Barre-Programm noch enthalten waren, im Zuge der stärkeren Angebotsorientierung der Wirtschaftspolitik zumindest nicht mehr verstärkt.

Der größte Erfolg war noch den Bemühungen um eine Stabilisierung des Franc-Außenwertes beschieden. Dies gilt zumindest gegenüber den am EWS beteiligten Währungen, namentlich gegenüber der D-Mark. Obwohl sich die Preise in Frankreich etwa doppelt so rasch wie in der Bundesrepublik Deutschland erhöhten, gehörte der Franc seit Gründung des EWS fast immer zu den starken, die D-Mark aber häufig zu den schwachen Währungen. Wenngleich sich in der relativen Schwäche der D-Mark vor allem die Aufwertungstendenz des Dollars widerspiegelt, war wohl auch die vergleichsweise geringe Passivierung der französischen Leistungsbilanz ein Grund hierfür. Bei einem relativ attraktiven Zinsniveau dürften auch in erheblichem Umfang arabische Gelder zur Anlage nach Frankreich geflossen sein. Erst mit der Erhöhung der Zinsen in der Bundesrepublik Deutschland vor einigen Wochen wurde die D-Mark wieder zur stärksten Währung im EWS. Die bis zum Beginn dieses Jahres hohen Defizite in der französischen Handelsbilanz haben sicherlich ebenfalls zu einer gewissen Abschwächung des Franc beigetragen.

Die französische Wirtschaftspolitik stand in den beiden vergangenen Jahren zweifellos unter dem unglücklichen Stern stark verschlechterter weltwirtschaftlicher Bedingungen. Gleichwohl hätte die wirtschaftliche Bilanz möglicherweise günstiger sein können, wäre der Schwenk zu einer stärkeren Angebotsorientierung konsequenter und rascher erfolgt – wenn auch nicht gerade nach britischem Vorbild. Einer weitergehenden Verbesserung der Wachstumsbedingungen waren aber wohl auch enge gesellschaftliche Grenzen gesetzt. Dies zeigen nicht zuletzt die erheblichen Widerstände beispielsweise im Zusammenhang mit der Streichung verschiedener Subventionen. Hiermit erklärt sich vermutlich auch die Tatsache, daß die Regierung keine größeren Anstrengungen unternahm, um den Reallohnanstieg, wie von ihr gefordert, auf Null zu „bringen“ und die faktische Indexierung der Löhne zu lockern oder gar abzuschaffen. Sie beließ es stets bei „Ermahnungen“ und Empfehlungen. Schließlich wurde auch die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik durch das Überschreiten der monetären Ziele sicherlich beeinträchtigt.

Angesichts der politischen Schwierigkeiten erscheint die Kritik an der zeitlichen Gestaltung gewichtiger: Da der Zeitbedarf für die Entfaltung der Wirkungen einer angebotsorientierten Politik groß ist, wären die Erfolgchancen bei einem Übergang zu diesem Kurs schon im Herbst 1976 größer gewesen.

Die Wahlchancen Giscard's wurden zweifellos insbesondere durch die hohe Arbeitslosigkeit beeinträchtigt. Dies galt um so mehr, als Mitterrand einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit Priorität einzuräumen versprach. So sagte er die Schaffung von mehr als 200 000 Arbeitsplätzen zu, davon 150 000 im öffentlichen Dienst. Arbeitszeitverkürzungen, insbesondere durch die Einführung der 35-Stunden-Woche – bei vollem Lohnausgleich – und Herabsetzung des Pensionsalters auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen sollen ebenfalls zur Entschärfung des Beschäftigungsproblems beitragen. Zugleich soll die Produktion gesteigert werden. Die erforderliche Erhöhung der Nachfrage soll nicht zuletzt aus einer kräftigen Anhebung der Mindestlöhne – hiervon werden immerhin rd. 600 000 Arbeitnehmer betroffen –, der Familienbeihilfen sowie niedriger Renten resultieren. Hinzu kommt ein Investitionsprogramm, dessen Schwerpunkte beim Wohnungsbau und bei der Infrastruktur liegen.

Eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie wurde mit dem Wahlversprechen noch nicht vorgelegt. Bisher deutet aber alles darauf hin, daß eine keynesianische Konzeption zugrunde gelegt wird. Die Realisierung der geplanten Maßnahmen, die ohnehin eine Fülle von Schwierigkeiten und Risiken birgt, dürfte hierdurch noch vergrößert werden. Finanzpolitisch besteht zwar ein gewisser Spielraum, hinterließ die alte Regierung doch ein vergleichsweise niedriges öffentliches Defizit; mit rd. 1 % des Bruttosozialprodukts ist es geringer als in den meisten übrigen westlichen Industrieländern. Angesichts des Umfangs der geplanten Maßnahmen dürften die Grenzen der Finanzierungsmöglichkeiten jedoch rasch erreicht werden. Das Inflationsrisiko steigt auch insoweit, als die angestrebte Stärkung der Massenkaufkraft durch die Anhebung der Mindestlöhne erfahrungsgemäß zu einer Steigerung auch der übrigen Löhne und Gehälter führt. Zwar könnte die Regierung die dann aus stabilisierungspolitischen Gründen wieder notwendig erscheinenden Bremsmaßnahmen durch erneute Eingriffe in die Preisentwicklung zu vermeiden suchen. Die wahrscheinliche Verschlechterung von Ertragslage und -aussichten würde jedoch zu einem Nachlassen der Investitionstätigkeit führen.

Die Unternehmer, die der neuen Politik offenbar mit großer Skepsis entgegensehen, dürften schon jetzt in ihren Dispositionen deutliche Zurückhaltung üben. Der starke Druck auf den Franc, den eine massive Kapitalflucht bereits nach der Wahl Mitterrands hervorrief, zeigt das – durch die geplante Verstaatlichung der größten Unternehmen zusätzlich geschürte – große Mißtrauen des „Kapitals“. Die daraufhin erfolgte drastische Heraufsetzung der Zinssätze, durch die der Druck

auf den Franc zunächst einmal erheblich gemildert werden konnte, spiegelt die Schwierigkeiten wider, mit denen die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung konfrontiert ist. Da derart hohe Zinsen die Konjunktur abwürgen, wird sich eine Abwertung des Franc wohl nicht lange verhindern lassen. Sie könnte um so dringender werden, je mehr der durch die kräftige Steigerung der Masseneinkommen erwartete Konsumstoß auch zu einem Importsog und damit zu einer erneuten merklichen Erhöhung des sich gerade zurückbildenden Handelsbilanzdefizits führt. Die in der gegenwärtigen Situation verständlicherweise erlassenen Beschränkungen des Devisenverkehrs könnten dann auf den Warenaustausch mit dem Ausland ausgeweitet werden, zumal Mitterrand eine Neigung zum Protektionismus nachgesagt wird.

Die angesichts der Fehlentwicklungen wenig gewürdigten Erfolge der Barreschen Wirtschaftspolitik, die insbesondere in einer Verbesserung der französischen Wirtschaftsstruktur, einer Stärkung des Wettbewerbs, einer Verminderung der außenwirtschaftlichen Probleme sowie geordneten öffentlichen Finanzen bestehen, drohen so rasch wieder verlorenzugehen. Inwieweit diese Gefahr durch die Zusage der linken Gewerkschaften, am Wandel Frankreichs mitzuwirken, verstärkt oder aber gemindert wird, bleibt abzuwarten.

Eine Systemveränderung wird vielfach in der geplanten Verstaatlichung der noch privaten Banken und Versicherungen und elf der größten Unternehmensgruppen gesehen. Durch ihre Übernahme stiege der Anteil der in staatlicher Regie betriebenen Unternehmen erheblich. Zusätzliche 700 000 Beschäftigte erhielten einen öffentlichen Arbeitgeber. Doch auch bisher war schon ein erheblicher Teil der Industrie in öffentlichem Besitz. Von größerer Bedeutung erscheint daher letztlich die Art, wie der Staat seine Verfügungsgewalt in den Betrieben ausübt. Sollte er sich einer Einflußnahme auf die unternehmerischen Dispositionen enthalten, wie bisher etwa bei der Régie Renault, so muß die Effizienz der Unternehmenspolitik nicht gefährdet sein.

Gegenwärtig aber stellen sämtliche Überlegungen über Chancen und Risiken der künftigen Wirtschaftspolitik kaum mehr als eine Spekulation dar. In welchem Maße sich die weitreichenden Pläne zur Umverteilung, zur Verstaatlichung der elf größten Unternehmensgruppen des Landes, zur Änderung der Energiepolitik – keine weiteren Kernkraftwerke über die im Bau befindlichen hinaus –, zur Reduzierung der Einfuhr usw. überhaupt in die Tat umsetzen lassen, hängt nämlich zunächst einmal davon ab, welche Mehrheiten Mitterrand im Parlament gewinnen kann.